



Deutschland hat Zukunft | Sozialstaat 2.0: effizienter, digitaler, vernetzter

Donnerstag, 05.03.2026, um 11:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Wege zu weniger Komplexität im Sozialstaat

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress, bei dem die geplante Sozialstaatsreform im Mittelpunkt steht.

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv Beteiligten unserer heutigen Diskussionsrunde:

- den Landtagsabgeordneten Thomas Huber von der CSU, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie im Bayerischen Landtag, lieber Thomas,
- die Landtagsabgeordnete Kerstin Celina von den Grünen, Sprecherin ihrer Fraktion für Arbeitsmarkt, Soziales und Jugend,
- sowie Julius Sicken aus dem Management von Deloitte Consulting für Government und Public Services.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben!

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

wir beschäftigen uns heute mit einer der zentralen politischen Herausforderungen in Deutschland: Es besteht parteiübergreifend großer Konsens, dass unser Sozialstaat grundlegend reformiert werden muss.

Ausschlaggebend hierfür sind mehrere Gründe:

Erstens: Wir haben es mit einem regelrechten Dickicht an Leistungen zu tun. Das ifo-Institut hat festgestellt, dass es in Deutschland mehr als 500 verschiedene Sozialleistungen gibt. Über die Jahre wurden immer neue Regelungen, Instrumente und Leistungen geschaffen und an die bestehenden Systeme angedockt.

Zweitens sind in der Konsequenz die verschiedenen Leistungen nicht mehr aufeinander abgestimmt. Das System ist intransparent. Fakt ist zudem: eine zielgerichtete Unterstützung,

derjenigen, die wirklich bedürftig sind, können wir so nicht mehr garantieren.

Drittens: Für die Administration der verschiedenen Leistungen sind zahlreiche Behörden verantwortlich: Sozialämter, Jobcenter, Wohngeldstellen, Elterngeldstellen, die Familienkasse bei der Bundesagentur für Arbeit. Hinzu kommen noch örtliche und überörtliche Behörden, die für den Vollzug zuständig sind.

Selbstredend verfügt nahezu jede Stelle über ihre eigenen Strukturen, Prozesse und Systeme – Schnittstellen sind Mangelware. Von gemeinsamen IT-Plattformen, die einen Datenaustausch zwischen den Behörden ermöglichen, sind wir weit entfernt.

Dieser Mangel an Automatisierung und Digitalisierung führt nicht nur zu ineffizientem Verwaltungshandeln. Dieser Mangel führt auch zu erheblicher Frustration bei denjenigen, die Leistungen beantragen wollen. Nicht selten füllen

sie mehr als ein Formular aus und werden von Behörde zu Behörde verwiesen.

Viertens ist es nicht überraschend, dass diese Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates schrumpfen lassen.

Schlimmer noch: der Sozialstaat wird von vielen nicht mehr als gerecht eingeschätzt. Und das, obwohl in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Sozialleistungen sukzessive ausgeweitet wurden.

Sage und schreibe 1,3 Billionen Euro gibt unser Land mittlerweile für Rente, Pflege und weitere Sozialposten aus. Das entspricht ca. 41 Prozent unserer Gesamtausgaben.

Die Sozialleistungsquote in Deutschland, die die Sozialausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) setzt, liegt aktuell bei rund 31,2 Prozent. Höher lag diese Quote nur während der Corona-Pandemie.

So viel zur wenig erfreulichen Beschreibung des Status-Quo. Entscheidend ist, dass wir aus all dem die richtigen Schlüsse ziehen:

- Wir brauchen jetzt weitreichende Reformen!
- Wir brauchen einen schlankeren, fitteren und effizienteren Sozialstaat!
- Wir brauchen einen digitaleren und vernetzteren Sozialstaat.
- Wir brauchen einen Sozialstaat 2.0!
- Denn die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts steht auf dem Spiel!

Meine Damen und Herren,

es ist sehr erfreulich, dass die Bundesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich an Reformen des Sozialstaats wagen will. Die eingesetzte Sozialstaatskommission hat im Januar ihre Vorschläge für eine Neuordnung unseres Sozialstaats vorgelegt.

Die Ergebnisse haben uns positiv überrascht. Die Kommission hat insgesamt vier Handlungsfelder

identifiziert, in denen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Sozialstaat „einfacher, transparenter und weniger bürokratisch“ auszugestalten.

So sollen Leistungen wie die Grundsicherung, der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst werden.

Für Leistungsberechtigte soll es auch nur eine Anlaufstelle geben: wenn man erwerbsfähig ist, sind die Jobcenter zuständig, ansonsten die Sozialämter.

Durch zahlreiche Rechtsvereinfachungen soll es außerdem möglich werden, digitale Prozesse zu etablieren. Darüber hinaus sollen Leistungen stärker pauschaliert werden.

In der Endstufe soll es – ganz im Sinne des One-Stop-Shop – ein einziges digitales Sozialportal geben, über das alle Bürger den Zugang zu Sozialleistungen erhalten.

Ganz besonders wichtig für uns aus Arbeitgeberperspektive ist aber, dass die aktuell hohen Transfer-Entzugsraten angepasst werden sollen. Derzeit ist die Aufnahme oder Ausweitung einer Beschäftigung häufig nicht attraktiv. Den Betroffenen bleibt am Ende nur geringfügig mehr im Geldbeutel, als wenn sie im Leistungsbezug verharren.

Meine Damen und Herren,

all diese Maßnahmen müssen jetzt umgesetzt werden. Sie können entscheidende Impulse für mehr Integrationen in Arbeit geben. Gleiches gilt für die Ablösung des Bürgergelds durch die neue Grundsicherung.

So schaffen wir ein dringend nötiges neues Mindset.

- Wir brauchen mehr Leistungsgerechtigkeit und weniger Alimentierung.
- Wir brauchen mehr Anreize zum Arbeiten und weniger Fehlanreize zum Nichtstun.

- Wir brauchen Vorfahrt in den Arbeitsmarkt und weniger Beschäftigungshürden!

Meine Damen und Herren,

die Grundlagen für die nötigen Reformen im Sozialstaat sind gelegt. Entscheidend ist, dass Schwarz-Rot nun den politischen Mut findet, die Reformen auch auf den Weg zu bringen.

Wir stehen vor einer Bewährungsprobe. Die Bundesregierung muss zeigen, dass sie es ernst meint mit ihrem Reformversprechen. Wir brauchen jetzt Veränderungsbereitschaft. Dieses Signal ist auch wichtig, um verloren gegangenes Vertrauen in unseren Staat zurückzugewinnen.

Nur wenn das gelingt, werden wir es gemeinsam schaffen, das Ruder rumzureißen. Wir müssen jetzt Schritt für Schritt daran arbeiten, unseren Standort fit für die Zukunft zu machen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort jetzt an Julius Sicken.